

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Interate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von M. Braunfels & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Herausgegeben: für Interate 1897, für die Redaktion 1894, für den Verlag und die Druckerei 1911. — Zeitungskürsche Seite 851.

Bezugspreis: Wochentlich einschließlich Poststellung: 4.50 Pf. monatlich 1.50 Pf. Beim Abschluß vom Verlag und den Ausgabestellen überzähliglich 4.20 Pf. monatlich 1.40 Pf. Bei den Buchhandlungen ebenfalls 4.50 Pf. monatlich 1.50 Pf. ohne Belehrung. Einzelne Nummern 15 Pf. — Einzelgeräte: die gesetzte Kolonie 35 Pf. im Restposten 1.25 Pf. Belehrung: 10 Pf. Einzelgeräte: 15 Pf. im Restposten 1.25 Pf. Belehrung: 10 Pf. Einzelgeräte gehen verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Poststelle: Nr. 525 Berlin.

Nr. 56.

Magdeburg, Freitag den 7. März 1919.

30. Jahrgang.

Inmitten der Anarchie.

Von allen Seiten hageln auf die Regierung und auf die Nationalversammlung Vorwürfe nieder, daß sie es nicht verstanden habe, Ordnung ins Wirtschaftsleben zu bringen. Nichts tue dem deutschen Volke mehr not, als unausgekämpft Arbeit. Dabei werde alle Augenblicke in größtem Umfang gestreift. Lokomotivenbau, Wagenbau, Bergbau und Landwirtschaft benötigten dringend zahlreiche Arbeitskräfte; aber die Regierung verstehe nicht, sie ihnen zu schaffen, sie lasse lieber Hunderttausende von Arbeitslosen in den Großstädten herumlungern. Regierung und Nationalversammlung hätten vollständig versagt; um der Anarchie zu entgehen, seien die Räte das einzige, das letzte Mittel.

Wie leicht macht es sich diese Kritik! Die stärkste soziale Unruhe

durchwühlt selbst die Länder, die keine Niederlage und keine Revolution hinter sich haben. Und keinen vierjährigen Hungerkrieg! Die Leistungen der Bergarbeiter sind ungängig nicht wegen der paar verlorenen Streikstage, die im ganzen erheblich weniger ausmachen als zwei Wochen strengen Frostes oder ein paar starke Schneefälle, sondern weil sie nicht genug zu essen haben. Außerdem verschärft allerdings diese Streik die Hungersnot wieder. Die ungenügende Kohlenförderung schädigt alle Industrien einschließlich der Fabriken für Eisenbahnbetrieb aufs allerhärteste und erzeugt automatisch die ständig wachsende Arbeitslosigkeit. Die Stadtarbeiter gehen nicht aufs Land, weil sie keine geeignete Wohnung finden — in den Läusebaracken der Russen wollen sie nicht wohnen —, weil sie keine festen Schuhe und keine ganzen Kleider haben und weil sie

von Landarbeit nichts verstehen.

Die Landwirte bedanken sich dafür, statt gelernte Landarbeiter Feinmechaniker oder Elektromonture zu bekommen, die sich bei der Landarbeit die Eignung für den eignen Beruf zerstören könnten, ohne irgendeine Sicherheit zu haben, daß sie deswegen schon etwas für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung leisten könnten.

Es fehlen eben Hunderttausende ausländischer Wanderarbeiter, es fehlen der Landwirtschaft all die getöteten oder invaliden Berufsunfähigkeiten, und auf der andern Seite werden lange Zeiten vergehen, ehe die deutsche Industrie wieder so viel Arbeiter beschäftigen kann, wie vor dem Kriege. Die Umstellung muß also stattfinden, das unterliegt gar keinem Zweifel. Reichsarbeitsamt, Reichsdemobilisationsamt und Wirtschaftsamt haben diese Notwendigkeit schon vor Monaten erkannt und alles getan, die Abwandlung geeigneter Arbeitskräfte aufs Land zu fördern. Sie haben im Dienste dieser Notwendigkeit selbst harte Vorwürfe nicht gescheut. Daß ihre Aufgabe nicht besser gelöst worden ist, liegt an den Verhältnissen und nicht an ihrer mangelnden Einfühlung oder Tatkräft.

Die Anarchie im deutschen Wirtschaftsleben ist eine Folge der Niederlage,

eine Folge der fortwährenden Hungerblockade und Rohstoffsperrre, aber nicht die Folge irgendeines inneren Organisationsfehlers. Die Regierung, die mit aller Kraft auf den Frieden hinarbeitet, tut das Beste für ihre Überwindung.

Die Sozialdemokratie als demokratische Partei lehnt die Räte als politischen oder Verwaltungskörper ab. Sie würde sich selbst aufgeben, wenn sie anders handelte. Angenommen aber, die neusten Ideen über den politischen Machtbereich der Räte seien sich allgemein durch; dann erhalten wir neben Regierung und Nationalversammlung eine Räteinstanz, und der für revolutionäre Zeiten schon jetzt sehr schwächerliche Kapitrat arbeitete noch langsamer. In kürzester Zeit siegte dann die Forderung, den Räten alle Macht zu geben. Ob man die Proklamierung der Staaterepublik sofort beschließt oder nach wenigen Wochen, wäre dann schon gleichgültig.

Aber auch die Alleinherrschaft der Räte brächte nicht entfernt Ordnung ins Wirtschaftsleben; sie könnten auch keine Lebensmittel und Rohstoffe aus der Erde kampfen — die Unzufriedenheit der Arbeiter würdete weiter und entlädt sich erneut in Streiken und allen möglichen Verzweiflungstaten. An dem fortwährenden Elend würden die Räte der Sabotage der Reaktion die Schuld geben, und die nächste Periode wäre die des schärfsten Terrors gegen die früher Besitzenden und Herrschenden. Und da auch dies

die Wirtschaft nicht wieder belebte, zumal ein solches Regime keinen Frieden beföre, wäre das Ende der vollständige Zusammenbruch und danach die siegreiche Gegenrevolution, die Militärdiktatur.

Und Millionen von Arbeitern wie das gesamte Bürgertum würden sie mit Freuden begrüßen als Erlösung aus unerträglicher Dual und unsagbarem Elend.

So wird es in Russland ganz bestimmt kommen. Kein russischer Sozialist von irgendwelchem Denk- und Urteilsvermögen zweifelt noch daran. In Deutschland haben wir Sozialdemokraten die Pflicht, ob es nun populär ist oder nicht, mit außerster Kraft gegen das Bestreben dieser schiefen Ebene anzukämpfen. Wir haben nicht das Recht, jedem Hauch der Volkslaune nachzugeben. Wir dürfen uns nicht davon schrecken lassen, wenn infolge des zunehmenden Elends wir einmal Wähler verlieren. Wir dürfen nur unserer Einsicht und unserm Gewissen folgen, und darum bleibt für uns die Parole: die Sozialdemokratie steht und fällt mit der Demokratie, wie sie in dem allgemeinen Wahlrecht verkörperzt ist.

Es ist nicht schwer, Arbeiter aufzuheben, die sich bis zur Revolution nie um Politik gekümmert haben und nicht begreifen können, warum daß alte Elend noch immer fortduert. Es ist sehr schwer, Menschen aufzuklären und politisch wirklich zu bilden. Die schwere Aufgabe ist uns zugefallen — mit Wankelmutter und Leichtfertigen Vorwürfen werden wir sie nicht lösen, sondern nur mit starker Einsicht und festem Willen. —

Ist die Regierung untätig?

In Weimar haben Verhandlungen zwischen der Regierung und Vertretern der Berliner Arbeiter über die Forderungen stattgefunden, die aus Anlaß des Generalstreiks gestellt wurden. Diese Verhandlungen nahmen einen betriebspendenden Verlauf. Die Abordnung kehrte nach Berlin zurück, um den Streikenden Bericht zu erstatten.

Wolfs Bureau gibt im Anschluß an diese Nachricht über die Tätigkeit der Regierung und der Nationalversammlung einen Überblick, der jedermann zeigen wird, daß das Gerede über die „untätige“ Regierung durchaus unberechtigt ist. Es heißt in dieser Übersicht:

Die Nationalversammlung trat am 6. Februar zusammen. Um die demokratischen Errungenschaften der Revolution zu sichern, beschloß sie sofort die Notverfassung und begann die erste Beratung der endgültigen Verfassung, die heute abgeschlossen wurde. Das waren die dringlichsten, sofort zu erledigenden Arbeiten, die vorgenommen werden mußten, bevor das Reich eine Vertretung schaffen sollte.

Ohne die kein Friede geschlossen werden kann. Innerhalb weniger Wochen beriet die Nationalversammlung außerdem ein Regierungsprogramm, das mit großer Mehrheit gutgeheißen wurde. Vor allem wurde das Übergangsgebot, das keinerlei Aufschub vertrag, geschaffen, wodurch die außerordentlich zahlreichen Verhandlungen darüber beendet erhielten. So vor allem der Achtstundentag, die Sicherung des Sozialrechts, die Versammlungs- und Pressefreiheit, die Aufhebung der Geheimhaltung, das Siedlungsgesetz und die Schaffung von Arbeitskammern im Kohlenbetrieb, ferner eine wesentliche Verbesserung der Kriegsbeschädigtenfürsorge und andere für die wirtschaftliche Demokratisierung unentbehrliche Gesetze.

Alle diese Gesetzmäßigkeiten waren zugleich die unabdingbare Voraussetzung für die nun eingeleitete Sozialisierung.

Dazu kamen zahlreiche Debatten über die Waffenstillstandsbedingungen und am 1. März zwei Gesetze über die Sozialisierung, die von dem Regierung- und Staatenamtsschiff bereits fertiggestellt und der Nationalversammlung vorgelegt wurden. Recht Arbeit kam von einem Parlament innerhalb so kurzer Zeit vielleicht verlangt, aber kaum geleistet werden. Daß es der Regierung Ernst war und Ernst ist mit der Sozialisierung solcher Betriebe, die zur Sozialisierung reif und geeignet sind, beweisen bereits die erwähnten Sozialisierungsgesetze.

Aus den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Berliner Arbeiterschaft und der Regierung ergaben sich für die nächste Zeit folgende

gesetzgeberische Absichten der Regierung:

1. Arbeiterräte: a) Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert, ihre Abgrenzung, ihre Wahl und ihre Aufgaben werden durch ein sofort zu verabschließen besonderes Gesetz geregelt, um die demokratischen Errungenschaften der Revolution zu sichern. b) Für die einzelnen Betriebe sind Betriebsräte und Angestellteräte zu

wählen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. c) Zur Kontrolle und Regelung der Produktion und der Warenverteilung werden für alle Industrie- und Gewerbezweige Arbeiterräte gebildet, in denen Unternehmer und Betriebsleiter, die Arbeiter, Angestellten und Arbeitgeber und die Arbeitnehmerorganisationen mitzuwirken. d) Für bestimmte territoriale Bezirke werden Bezirksarbeitsräte (Arbeitskammern) und für das ganze Reich ein Zentralarbeitsrat gebildet. In den Bezirks- und Zentralarbeitsräten sollen alle selbst Arbeitleistenden, auch die Arbeitgeber und die freien Berufe usw., vertreten werden. Diese Räte haben bei den Sozialisierungsmassnahmen mitzuwirken und sind zur Kontrolle sozialisierter Betriebe und Gewerbezweige heranzuziehen. Sie haben weiter alle wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze zu begutachten und das Recht, selbst solche Gesetze zu beantragen. Die Reichsregierung wird den Zentralrat vor der Einbringung wirtschaftlicher und sozialer Gesetze hören.

2. Arbeitsrecht: Ein Gesetz über ein einheitliches, demokratisches Arbeitsrecht mit dem Ziele der Schaffung demokratisch-konstitutioneller Verhältnisse in den Betrieben ist sofort der Nationalversammlung vorzulegen.

3. Sozialisierung: a) Der Bericht und die Vorschläge der Sozialisierungskommission werden sofort veröffentlicht. b) Sozialisierungsgesetze: Das Gesetz über die Sozialisierung der Kohlenbewirtschaftung wurde von der Reichsregierung und dem Staatsausschuß bereits angenommen und der Nationalversammlung zur Bekanntmachung unterzogen. Weitere Sozialisierungsmassnahmen werden unter Zugabe von Sachverständigen der Arbeiterräte sofort in Angriff genommen.

4. Militärisches: Alle nach dem allgemeinen Strafgesetzesstrafende Handlungen werden auch bei den Mitgliedern den bürgerlichen Gerichten angewiesen. Ein dementsprechender Gesetzesentwurf wurde von den Reichsbeauftragten bereitgestellt einer Woche in der Nationalversammlung angenommen und wird mit Beschleunigung fertiggestellt.

5. Lebensmittelversorgung: Die Regierung ordnet bereits an, daß die Lebensmittel unter Ausschaltung jedes unzulässigen Wissenshaandes durch die Vermittlung der Gemeinden an die Konsumanten verteilt werden. In der Verbesserung der Lebensmittelversorgung wird dauernd gearbeitet.

Das Programm der Regierung ist, wie man aus dieser Auflistung ersieht, außerordentlich umfangreich und von ungeheurer Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Daß alle diese Maßnahmen nicht im Handumdrehen getroffen werden können, ist so klar, daß nur Unwissende oder Bestwillige es nicht sehen können. Man muß bei allem bedenken, daß die durch die Revolution zur Regierung gekommenen Männer schon eine Ueberzeugung von persönlicher Leistung an Verhandlungen, Beleidigungen, Entscheidungen zu tragen haben; dieses Ueberzeugt aber wird noch vielfach schwerer zu tragen durch die dauernden gewaltamen Störungen, die durch spartakistische Kreisvereine und durch die bereits Ungeheul weiter Arbeitermassen herborgerufen werden. Diejenigen, die nichts weiter tun, als „Blitzhunde“ schreien, haben augenscheinlich keine Vorstellung von der Schwere der Arbeit, die von wenigen Männern an der Spitze des Reiches geleistet werden muss in einer Zeit, da immer noch kein Friede hergestellt werden ist, und die wirtschaftliche Anarchie immer weiter um sich greift. —

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands

In Weimar beschäftigte sich eine Sitzung des Kabinetts mit den Verhandlungen in Spa über die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Am 4. März wurden, wie in der Besprechung mitgeteilt wurde, von den alliierten Regierungen durch Admiral Hope zwei Entwürfe überreicht, worin erklärt wird, daß Deutschland keine Lebensmittel bekomme, bevor nicht die gesamte Handelsflotte unter die Kontrolle der Alliierten gestellt sei. Man habe nicht die Wicht, Deutschland bis zur nächsten Ernte zu versorgen. Nur 270 000 Tonnen, die bereits früher versprochen waren, und 100 000 Tonnen aus Argentinien will man Deutschland zur Verfügung stellen.

Mit der weiteren Versorgung Deutschlands beschäftigte sich zwar die Entente. Sie sei aber nicht willens, jetzt über die gesamte Versorgung Deutschlands zu verhandeln. Deutlicherweise wurde auf die politischen Gefahren aufmerksam gemacht, die dieser harten Forderung der Alliierten in Deutschland folgen müsse. Die deutsche Regierung würde mit der Auslieferung der Schiffe sofort beginnen, wenn sie die Lebensmittelversorgung der hungernden deutschen Bevölkerung sichergestellt wisse.

Die Vertreter des Reichstages wollen also die ganze deutsche Handelsflotte gegen Lebensmittel, die nicht ausreichend sind und die wir bezahlen müssen, einnehmen. Die feindlichen Imperialisten wissen, was sie dem durch spartakistischen Schwarm und durch jahrelange Hungerblöcke verursachten deutschen Volke bieten dürfen, ohne daß sie von den Arbeitern ihres eigenen Landes zur Rechenschaft gezogen werden. —

Die Nationalversammlung.

Eingegangen ist der Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes und ein Entwurf betreffend Sozialisierung der Röbeln in Polen. Die Interpellation Rostadt u. Gen. (Dt.-nat.) betreffend den Wiederaufbau ber während des Krieges ausgelegten oder benötigten Betriebe wird abgelehnt, nemdem Ministerpräsident Scheidemann erklärt hat, daß die Regierung die Interpellation später beantworten wird.

Alles folgt die Interpellation Rostadt und Gen. (Dt.-nat.) betreffend die Zustände in der Provinz Polen. Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort.

Abg. Dr. Schiemacher (Dt.-nat. Sp.): Die Begründung der Interpellation liegt in der Tat und der Wahrheit der Ostmark. Diese Tat der Ostmark ist ja noch größer als die der Westmark. Denn in den Ostmarken ist heute noch Krieg. Die Polen haben trotz des Waffenstillstandes vom 17. Februar die Feindseligkeiten nicht eingestellt. Auf der ganzen Demarcationslinie ist die deutsche Bevölkerung in Angst und Not. Viele Tausende sind aus dem Kampfgebiet geflüchtet, ihre ganz habe haben sie zurücklassen müssen. Und wo sind sie hin? Zu Verwandten, zu Freunden, aber auch zu Fremden. Was es aber bedeutet, jenseits der Demarcationslinie unter der polnischen Herrschaft zu leben, das ersehen wir aus den zahlreichen Postkarten, die uns zugehen. In dem von den Polen besetzten Gebiet besteht keine deutsche Verwaltung mehr. Die Gerichte sind einseitig mit Polen besetzt und partizipieren. Die Aushebung der 18- und 19-jährigen zum polnischen Heere erstreckt sich auch auf Deutsche. Durch die Abschaffung Polens wird die

Verhöhnung ganz Deutschlands

ganz wesentlich verschlechtert. Die Reduzierung führt weiter in bewegten Worten die Grätschen am, mit denen der Krieg von den Polen gegen die Deutschen geführt wird. Dieses Polener Theaterstück will auch auf Westpreußen übergehen. Die Polen haben in Westpreußen polnische, Arbeiter- und Soldatenklasse begründet, die mit den Spartakus in Verbindung stehen. Die Polen haben überall Vertrauensleute. So haben sie in Westpreußen schon einen Staat im Staate gegründet wie er früher in Polen bestand. Das ist das Vorbild zu einer Loslösung. Die Danziger Bevölkerung ist außerordentlich beeindruckt. Ich frage daher die Regierung, was sie zu tun gewillt und fähig ist. (Beifall.)

Reichsminister Erzberger: Rämens der Reichsregierung habe ich folgende Erklärung zur Interpellation abgegeben: Es ist mit General Dupont verabredet, daß nicht allein die Feindseligkeiten aufhören sollen, sondern daß Offiziere beider Parteien, für die deutsche Heeresverwaltung deutsche abgetreten werden, um Verlegerungen im Waffenstillstandsaufkommen angemessenen Demarcationslinie zu verhindern.

Der Schutz von Leben und Eigentum dieser Bewohner ist nicht nur Pflicht der deutschen Regierung, sondern auch der alliierten Regierungen, die gegen alle polnischen Übergriffe einschreiten werden. Alle Geiseln sollen freigelassen werden, soweit kein strafbares Verbrechen eingeleitet ist. Die Rückkehr der geflüchteten Deutschen in ihre Heimat soll von den Alliierten gesichert und der Schutz ihres Eigentums gewährleistet werden. Sämtliche Übergriffe der Polen auf dem Gebiet der Rechtsplege werden unzweckmäßig der interalliierten Kommission mit dem Schluß auf Abhöfe mitgeteilt werden. bisher haben die militärischen Bevollmächtigten bei der Waffenstillstandskommission das Recht gezeigt, bei der interalliierten Kommission daran hinzuwirken, daß solche Übergriffe sofort abgestellt werden. Es ist zu hoffen, daß wir aus dem Interesse der Demarcationslinie belegenen Gebiet landwirtschaftliche Erzeugnisse erhalten können, da auch politische Gründe wegen der großen Nachfrage nach deutscher Industriegerüste in Polen sich ein rege Warenaustausch entwickeln wird. Das hat die deutsche Regierung an die Interpellation zu antworten. Die deutsche Regierung sieht die Rot der deutschen Ostmarken mindestens so traurig an wie die Interpellantin und ihre Gefährten genossen. Sie tut alles, um die Rot unserer Landsleute in den Ostmarken zu lindern. Die Interpellantin sagt, das deutsche Volk wolle vor der Regierung verteidigt sein. Das ist das gute Recht des deutschen Volkes. Die Regierung hat aber das Empfehlung des Menschenmögliches geleistet. Wir haben angeboten, daß die Polen die Demarcationslinie nicht überschreiten dürfen und daß sie die Geiseln freigeben müssen. Gegenüber der Bestimmung, daß die politische Bewegung auf Westpreußen übergehen würde, geht ich zu bedenken, ob nicht gerade die Feststellung der Demarcationslinie einen Schritt dagegen bietet. Es ist jetzt Aufgabe der wichtigen Jugend, besonders der Ostmark, ihre Heimat mit aller Kraft zu verteidigen. (Beifall bei Beifall.) Ich hätte ge-

die preußische Polenpolitik

Schön früher den Grundrechten des polnischen Volkes besser gerecht geworden wäre. (Beifall.) Die Situation wäre dann für uns heute eine viel günstigere gewesen. (Sehr. Beifall bei der Mehrheit.) Die neu preußische Regierung hat erst sehr spät den Versuch machen können, befriedigende Befreiung der Polen schwung zu tragen und damit zu zeigen, was nach zu thun ist.

Der Abhöfe des Waffenstillstandes, den die Interpellantin als eine Schande bezeichnet hat, war eine harte Notwendigkeit. Es ist richtig, daß der Abhöfe vor der deutschen Regierung gesunken ist. Die Hauptursache dafür ist, daß 16 000 deutsche Soldaten mit ausschließlich Offizieren in Warschau antraten.

Vor 300 Polen. Dieses wenig taprige Verhalten des Generals Scheler hat den deutschen Arbeitern den schwersten Schlag versetzt. (Gutachter: Das ist eine Szene der Revolution.) Rein, das ist vorher geschehen. Die Flucht einer deutschen 20-jährigen Überzeugt vor schlecht bewaffneten politischen Freiheitskämpfern hat das deutsche Volk am meisten geschädigt. Ich rufe an das deutsche Volk die Aufforderung zur Verteidigung des Vaterlandes aufzutreten. (Beifall bei der Mehrheit.)

Freiheitlicher Unterstaatssekretär Heinrich: Rämens der preußischen Regierung habe ich zu erläutern. Auch die preußische Regierung bemüht um das Fortsetzen der Revolution, die in der Ostmark eingesetzt und die auch überall alles tun, was in ihren Kräften steht, um dort endgültige Verhältnisse zu schaffen. Die preußische Regierung hat auch bereits Anfang Februar mit dem polnischen Volkstag verbündet. Diese Verhandlungen sind allerdings gescheitert. Vier Tage darauf kam das Eintrittsdekret der Räte. Durch das Abkommen vom 17. Februar ist der Schluß der Deutschen offiziell der Demarcationslinie der interalliierten Kommission in Königsberg übertragen worden, die in diesen Tagen in Königsberg zu konzentrieren sind.

Auf Antrag des Abg. Schulz (Bromberg, Dt.-nat. Sp.) findet eine Abstimmung der Interpellation statt.

Abg. Schulz (Sov. Sp.): Ich habe genau mit den Polen verhandelt und ich kann sagen, ich habe Verhandlungen, so viel Verhandlungen. Die größte Stärke liegt auf deutscher Seite bei den Polen ein deutsches Königreich vertritt. (Sehr. richtig!) Nun wiederum vertritt man für das ganze polnische Königreich eine polnische Regierung einzusetzen.

Abg. Engelke (Dt.-nat.): Die Polen müssen sich gezeigt haben, daß sie durch die Durchsetzung der Schiedsrichter nicht mit dem deutschen Volk zusammen treten. (Beifall und Applaus.) Sie wollen sich durch Sachsen nicht schützen lassen, in Deutschland die Handlung zu beginnen. Der Haupte ist der Vater des Kindes. (Sehr. richtig!) Es würde das Volk nicht unterstützen, das die polnischen Soldaten besiegen, auch in Polen eingeschlossen. Und das ist in den polnischen Soldaten gegen einen kleinen Mann vertritt. (Sehr. richtig!) Wenn der Polenkönig aber nicht in Deutschland zur Stellung gebracht werden, in das Schloß Polens eintreten. (Applaus.) Die Zukunft des polnischen Volkes kann politisch, und wirtschaftlich, und durch eine Revolution mit Deutschland zusammenhängen.

Abg. Dr. Gremm (Ost., Dem.): Die Regierung sollte möglichst bald entscheiden, wie sie mit Rücksicht auf die Sicherstellung polnischer Staatsrechte im Deutschen Reich steht. Es soll nicht auf die Sache der einen Seite eingehen, aber ja zumindest mit einer kleinen Sache. Sie kann, wenn die Regierung alle Nachfragen gewahrt hat, für das Volk, das eine Selbstbehauptung in der Ostmark ausüben, sicher für einen diplomatischen, der notwendig sein könnte für

die einen oder die anderen, und eben für einen Autonomievertrag, der die deutschen Interessen enthält.

Abg. Ohler (Dt.-nat.): Die Behandlung der polnischen Frage in den letzten Tagen ist und bleibt ein Klumpeblatt für das deutsche Volk. Die Polen achten die Demarcationslinie nicht. Erst vor einer halben Stunde habe ich zwei Telegramme über neue Angriffe der Polen erhalten. (Schrift. hört.) Man versteht nicht, daß der Augenblick kommen wird und kommen muß, wo uns die Freude zum Vaterland ins Gegenteil umschlagen kann. Wenn wir nicht mehr wissen, wo wir unser Haupt hinziehen sollen, dann wird sich die Freude in Flucht gegen

zum Scheitern. Spartakisten versuchen unter allen erdenklichen Verkleidungen in das Polizeipräsidium einzudringen. Auch von der Straße aus seien sie sich mit der Besatzung in Verbindung, um sie zur Übergabe des Gebäudes zu veranlassen. Die Verhandlungen verlaufen natürlich ergebnislos.

Mittwoch morgen sind vereierte zahlreiche Truppen eingetroffen und haben den ganzen inneren Stadtteil besetzt. Eine Anzahl schwerer Tanks fuhr Mittwoch früh durch die Alexanderstraße nach der Münzstraße. Trotz aller Warnungen des Kommandanten sammeln sich immer wieder große Mengen von verbrecherischen Elementen auf dem Alexanderplatz an und versuchen durch Überredung die Militärs personen, die in kleinen Streittrupps den Platz abgehen, von ihrer Pflicht abzuwenden, und nach erprobter Methode zu umzingeln und zu entwaffnen. Als bis 11 Uhr vormittags die Versammlungen und Zusammenrottungen trotz des Belagerungsstandes mehr eine Zunahme erfuhren, wurde der Alexanderplatz mit Waffengewalt geräumt werden. Auffällig ist es, daß sich unter der Masse zahlreiche Frauen und Kinder befinden.

Gegen den Generalstreit.

Die Betriebsräte Groß-Berlins, soweit sie auf dem Boden der alten Sozialdemokratie stehen, haben am Mittwoch in einer Versammlung folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

Die am 5. März tagende Konferenz der Parteifunktionäre, Betriebs- und Vertrauensleute und Arbeiterräte der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins nimmt von den bisherigen Maßnahmen der sozialdemokratischen Vertreter im Arbeiterrat und in der Streitkraft Kenntnis. Sie stellt fest, daß der Streit gegen den Willen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertreter im Groß-Berliner Arbeiterrat von einer durch Kommunisten und Unabhängige beherrschten Versammlung der Arbeiterräte eingeleitet worden ist.

Nach dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung kann die Konferenz eine weitere Fortsetzung des Streites nicht unterstützen, wenn auch die Kommission des Volksrates mindestens dieselben Befürderungen der Regierung einbringt. In dieser Voraussetzung werden die sozialdemokratischen Arbeiterräte beantragen, den Abbruch des Streites zu beantragen und im Falle der Ablehnung dieses Antrags den Streit selbstständig aufzuführen. Die Konferenz erklärt weiter, daß bei denjenigen Betrieben, die durch geheime Urabstimmung die Teilnahme am Generalstreit ablehnen, kein Streitwagen ausgeführt werden darf.

Wenn dieser Beschluß überall befolgt wird, dürfte der Generalstreit in Berlin bald am Generalstreit angegangen sein.

Unschuldsgenel.

Spartakus ist immer unschuldig, die böse Regierung aber leidet nach Blut. Wie es mit dieser Behauptung der Spartakisten steht, beweist ein Brief, den ein günstiger Wind der Preßfreiheit „Völkswacht“ auf den Redaktionstisch gewehrt hat. Geschrieben hat ihn der bekannte schwedische Spartakist Michaelis an einen Landsturmmann in Lamsdorf in Oberschlesien, wo der bekannte Willi Biegler eine Unfall zur Büchung sprachistischer Wirkkräfte unterlief. Nach diesem Briefe wußte der Briefschreiber schon am 24. Januar, daß sich am 12. Februar in Breslau „was tut“. Wir entnehmen dem Briefe folgendes:

Warum ich mich zurücknehme? Weil ich hier in Breslau augenblicklich viel nötiger bin und wenn Du mir irgend brauchst, komme auch nach hier, denn es tut sich was. Ich bin, wie ich nach Dresden kam, von den Gewehrlöwen als Vertreter gewählt. Aber ich brauche Freunde, und davon bist Du eine. Alle Arbeitersoldaten habe ich auf den kommunistischen Standpunkt gebracht, und es finden täglich große Demonstrationen statt. Täglich verhandle ich mit den Behörden. Da aber keine Besserung garantiert wird, kommt es in nächster Zeit dazu, wo wir unbedingt die Massen führen müssen.

Herr Michaelis hat die Massen „geführt“! Das Resultat war am 12. Februar, daß in Breslau anlässlich einer Arbeiterversammlung Blut flößt. Wer die Schuld daran trägt, zeigt klar und deutlich dieser Brief. Leider stellt sich nicht in allen Fällen, wo es zum Bürgerkrieg kommt, die Beweise erhebung so respektlos ein.

Ostpreußen für den Grenzschutz.

Seit einigen Wochen ist an allen Anschlagsäulen Königsbergs sowie in allen Blättern Ostpreußens ein Aufruf zur Bildung einer Volkswehr für den Schutz Ostpreußens zu lesen. Darin heißt es u. a.:

Volksgenossen! Der Osten ist in höchster Gefahr! Die Truppen, die wir heute noch haben, bieten keinen ausreichenden Schutz — wir brauchen eine Volkswehr. Sie soll ein Schutz der Heimat vor jedem Einfall äußerer Feinde und eine Sicherung gegen die Abtrennungsgesellschaft polnischer und litauischer Heerbäume sein, die mit unserer Wehrlosigkeit rechnen. Sie soll zugleich eine Schutztruppe der deutschen sozialistischen Republik werden. Auf der Grundlage freiwilliger festester Ordnung und Unterordnung muß sie aufgebaut werden. In Ihren Reihen darf es kein Ungeloyalität geben! Freiwillige vor! Die Heimat ruft euch! Meldet euch sofort und in großer Zahl bei den Werbedepten! Keiner darf zögern, wenn es gilt, die Heimat und unsre Lieben vor fremden Gewaltigung!

Der hier auszugsweise wiedergegebene Aufruf trägt die Unterschriften des ostpreußischen Provinzialrats, des Zentralrats der Front und der Ostprovinzen, der Volksräte des 1., 17. und 20. Armeekorps, des Arbeiterrätes Königsberg und Ostpreußens und des Soldatenrats Königsberg, seines des Oberpräsidenten von Gotsch, des Generalmajors Hoffmann und der Kommandierenden Generale v. Eben v. Below und v. Eberhardt.

Ran befinden sich unter den Namen der unterzeichneten Provinzialarbeiter- und Soldatenräte nicht weniger als 16 Mitglieder der Unabhängigen. Es sind dies Kurschat, Tilsit, Dobberstein, Gydishen, Mallon, Nisch, Kroll, Sauer, Seydelmann, Sieg, Gottschalk, Linde, Martins, Weil, Bethke, Hecht, Kreisch und Junglöbel.

Auso während in ganz Deutschland — und sogar in Königsberg selbst — die unabhängige Presse eine wütige Hetze gegen die Bildung von Freiwilligenformationen und gegen den Grenzschutz entfaltet, während in Weimar Herr Haase der selbst aus Ostpreußen stammt, seine Freiwilligenarmeen und -genossinnen in Reien und Zwischenreihen geraden zur Sabotierung des Grenzschutzes auffordert, läßt während in das Vorhandensein bolschewistischer oder polnischer Gefahren in den Ostmarken spöttisch bestreiten — wie z. B. noch in dieser Woche Herr Henck — und das Ganze als eine reaktionäre militärische Magie hinstellen, rufen in derselben Zeit die namhaftesten Führer der Unabhängigen Partei in Ostpreußen zur Bildung von Freiwilligenformationen an!

Hendemann stand an der Spitze der unabhängigen sogenannten Soldatenliste für die Nationalversammlungswahl in Ostpreußen; Gottschalk steht an der Spitze der unabhängigen Liste für die Königsberger Gemeindewahlen. Und doch sind sich die Unabhängigen der unmittelbaren Gefahr so sehr bewußt, daß sie sich nicht scheuen, ihre Namen gleichzeitig mit denen mehrerer Generale unter diesen Aufrufern zu sehen.

In welchem Lichte erscheint danach die ganze Politik der Unabhängigen, die in Ostpreußen als vaterländische Wacht dasselbe preisen, was sie in Weimar als Schrecken an der Revolution gelten?

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 56.

Magdeburg, Freitag den 7. März 1919.

30. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 6. März 1919.

Aus der Stadtverordnetenfraktion.

Die neue sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hielt am Mittwoch ihre erste Fraktionsitzung ab, die für die Fraktion eine Leitung bestimmte und Stellung nahm zu wichtigen kommunalpolitischen Fragen. In den Fraktionsvorstand wurden gewählt Ernst Wittmann als erster, Louis Höhne als zweiter Vorsitzender, Emil Müller als Schriftführer, Ernst Nickerl und Hans Weinert als Beisitzer. Genosse Wittmann machte Mitteilung über die erste konstituierende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die am Donnerstag den 13. März stattfindet. Die sozialdemokratische Fraktion tritt streng nach demokratischen Grundsätzen auf, daß an der Besetzung des Präsidiums die Fraktionen des Stadtparlaments beteiligt werden. Sie erhebt — was eine parlamentarische Selbstverständlichkeit ist — Anspruch auf den Posten des ersten Vorsitzenden und wird für dieses Amt Genossen Paul Hoffmann in Vorschlag bringen.

Die unbefoldeten Stadträte haben, wie die „Volksstimme“ bereits mitteilte, ihre Amtsernennungen niedergelegt. Die sozialdemokratische Fraktion kam nach ihrer jetzigen Stärke zehn Sitze im Magistrat verlangen. Die unbefoldeten Magistratsmitglieder können zugleich Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung sein. Die Fraktionsitzung besprach die Frage, ob es zweckmäßig sei, daß unter Genossen, die als unbefoldeten Magistratsmitglieder gewählt werden, ihre Mandate in der Stadtverordneten-Versammlung niedergelegen und in das Nachrücken von zehn weiteren Genossen aus dem sozialdemokratischen Wahlvorschlag in die Stadtverordneten-Versammlung ermöglicht, oder ob es richtiger sei im Interesse unseres Wirkens, die unbefoldeten Magistratsmitglieder auch als Stadtverordnete zu behalten. Die Sitzung erklärte gründlich, daß Manoak in der Stadtverordneten-Versammlung und im Magistrat nicht in einer Hand vereinigt werden sollen. Die Mandatsniederlegung der sozialdemokratischen Mitglieder in der Stadtverordneten-Versammlung hat aber erst dann zu erfolgen, wenn die Fraktion es ausdrücklich beschließt.

Die Straßenbahn für die Gemeinde.

Einstimmig beschließt die Fraktionsitzung, folgenden Antrag zu stellen:

Die sozialdemokratische Fraktion ersucht den Magistrat, alle Mittel anzuwenden, um die schleunige Überführung der Magdeburger Straßenbahn in städtisches Eigentum in herbeizuführen.

Die sozialdemokratische Fraktion wird dafür sorgen, daß ein öffentliches Verkehrsmittel, das wichtigste unserer Stadt, in ganz anderer Art als bisher der Allgemeinheit nutzbar gemacht wird und der Entwicklung des Gemeinwesens dient.

Nahrungsfürsorge und Arbeitslosenfrage.

Beraten wurde ferner über Maßnahmen in der Nahrungsmittelfürsorge. Dabei kam auch die Verwendung von solchen Heeresgütern zur Sprache, die hier gelagert werden, aber für Heeresangehörige nicht mehr Verwendung finden. Der Vorsitzende teilt mit, daß es dem Arbeiter- und Soldatenrat gelungen ist, eine Vereinbarung zwischen Stadt und Militärfistus herzustellen, nach der die Stadt Lebensmittel aus bestimmten Heeresgütern an ihre Einwohnerschaft verteilen kann.

Zur Lösung der Arbeitslosigkeit wurden von unserer Seite schon im Oktober vorigen Jahres vorbereitende Maßnahmen gefordert. Die Stadt ist auch in der Lage, umfangreiche Notstandsarbeiten, besonders im Tiefbauweise, ausführen zu lassen. Die Mühlen der Verwaltungseinheiten möchten aber sehr langsam. Die Arbeiten wollen nicht recht in Gang kommen. Allerlei steinliche Hindernisse stellen sich ihnen entgegen, die jetzt sofort beseitigt werden müssen. Schon in der ersten Stadtverordneten-Sitzung wird es darüber zu Ausprache kommen. Der Fraktionsvorstand wird außerdem beauftragt, unverzüglich beim Magistrat die Beschleunigung der Arbeiten zu verlangen.

Auf das jetzige Schuljahr wurde hinausgewiesen. Auch die Schule leidet unter Raummangel. Es soll darauf hingewirkt werden, daß die militärische Beschaffung von Schulräumen, soweit es irgend geht, rückgängig gemacht wird.

Macht die Schulen frei! Geradezu scandalöse Zustände herrschen im Magdeburger Schulbetrieb. Eine Anzahl unserer schönen Schulgebäude ist noch immer von Militäraufstellungen und militärischen Geschäftsstellen besetzt. Die Folge davon ist, daß Schüler wegen Mangels an Schulräumen nur vier bis sechs Stunden in der Woche unterrichtet werden können. Natürlich handelt es sich um **Volkschüler**. Die Folge ist, daß die Kinder auch im Unterricht vollständig verwahlosen. Sie haben nach drei Tagen Pause längst vergessen, was sie in den wenigen Stunden lernten, kommen zerstreut und unvorbereitet in den Unterricht, wodurch ihnen und den Lehrern das Leben schwer gemacht wird. Dabei und das ist die Hauptfache, ist es gar nicht nötig, daß diese Wirtschaftsfest steht. Durch die Verminderung der Truppen ist so viel Platz in militärischen Bauwerken entstanden, daß der Rest der Truppen, darunter auch Abteilungen des Wachregiments, und die Bureaus dort untergebracht werden können. Unsre städtische Schulverwaltung sollte sofort und tatkräftig Schritte tun, um hier schleunigst Wandel zu schaffen. Und die militärischen Stellen müssen sie darin unterstützen. Lange genug haben die zivilen Behörden und Bedienstete zurückstehen müssen.

Inaktive Militärbeamte. Am 7. März findet im Panorama-Restaurant eine Volksversammlung des Bundes der inaktiven Beamtenstellvertreter, Hilfsbeamten und Beamten a. R. des Heers und der Marine statt.

Die Ferien für die Gewerbliche und die Kaufmännische Pflichtfortbildungsschule sind für das Schuljahr 1919/20 wie folgt festgesetzt worden: Osterferien, 11 Tage, von Sonnabend den 12. April bis Donnerstag den 24. April. Pfingstferien, 7 Tage, von Donnerstag den 5. Mai bis Freitag den 13. Mai. Sommerferien, 31 Tage, von Freitag den 11. Juli bis Dienstag den 12. August. Herbstferien, 15 Tage, von Sonnabend den 27. September bis Montag den 13. Oktober. Weihnachtsferien, 26 Tage, von Mittwoch den 10. Dezember bis Dienstag den 6. Januar 1920.

Reisekost für Kranken erbeten! Die bei dem bevorstehenden April-Umzug zur Wohnung in die neue Wohnung nicht bestimmbare Zeitdriften und Bücher läßt die Verwaltungs-Inspektion der Krankenanstalt Altstadt auf telephonische Benachrichtigung — Telefon 2481 — oder Benachrichtigung durch Postkarte gern als Reisekost für die Kranken abholen.

Unangemessene Namensgleichheit. Der Hoflöschberg 10 wohnende Walter Siegmund bittet uns, mitzuteilen, daß er mit dem Einwohner seines benachbarten Siegmund, der im Polizeibericht der Dienstag-Nummer erwähnt war, nicht identisch ist.

Kirchenaustritt. Das wird geschrieben: Durch Erlass vom 12. Dezember 1918 ist das frühere Geley betreffend den Austritt aus der Kirche dahin abgeändert worden, daß eine mündliche Austrittserklärung vor dem Gerichtsschreiber des Amtsgerichts genügt. Auf Verlangen muß der Gerichtsschreiber eine Austrittsbescheinigung ausstellen. Kaffen ist der Austrittende nur noch bis zum Schluss des laufenden Kalendervierteljahrs verpflichtet. Die Gerichtsschreiber teilt den Austritt dem betreffenden Pfarramt mit. Es ist nur in mehreren Fällen vorgesehen, daß der Kirchenrat einem ausgetretenen Gemeindemitglied mitgeteilt hat, daß der vollzogene Austritt nicht als rechts gültig angesehen werden kann. Man beruft sich kirchlicherweise darauf, daß das neue Geley nicht von der gelegenden Körperschaft ausgegangen sei. Offenbar schreibt man, Gelder zu verspielen; denn nach dem neuen Geley ist der Austrittende nur zur Bezahlung der Kirchensteuer für das laufende Kalendervierteljahr verpflichtet, während er früher genötigt war, den Kirchensteuer bis zum Schlusse des auf die Austrittserklärung folgenden Kalendervierteljahrs zu entrichten. Zur Empfehlung der Kirche ist dieser für die kirchlichen Zeit kann es nicht dienen, wenn sie Geleys erlaßt, die ihr nicht passen, ignoriert. Durch die Erschwerung des Kirchenaustritts und andre Mittel hat die alte Regierung versucht, der Kirche ihre Mitglieder zu erhalten. Und sie hat diese Staatshilfe angenommen, trotzdem sie fühlen möchte, daß die alte Ordnung nicht gerechtigkeit entsprach. Sie fühlt nun heute nicht die Macht in sich, ohne die die Welt ihres Mitglieds zu halten. Nun, da die Regierung geschaffen ist, die der Ansicht aller gerecht Denkenden auch innerhalb der Kirche entsprechen möchte, ist man nur möglich auf den eigenen Vorteil bedacht. Halten kann sie damit ihre Mitglieder nicht, die innerlich nicht mehr zu ihr gehören. Das möchten sich doch ihre Vertreter selbst sagen.

Der Belgiersonds. In unserem Bericht über die Sitzung des Soldatenrats Magdeburg war auch die Rede von dem sogenannten Belgiersonds. Vom Generalkommando wird uns nun hierzu geschrieben: „Der sogenannte „Belgiersonds“ des stellt. Generalkommando 4. A.-R. unterstand der allgemeinen Verfolgung des jeweiligen Kommandierenden Generals, der daraus die Kosten für belgische Hilfsarbeiter deckte und seiner Beihilfen und Unterstützungen für Offiziere und Unteroffiziere des stellt. Generalkommandos und für Bedienstigte nach seinem Ermeessen einzuhalt. Diese Angaben sind auf Grund der vorliegenden Unterlagen vom Generalkommando 4. A.-R. und Zentralbataillons 4. A.-R. geprüft, der Bekannt, 25 600 Mark prozentige Kriegsanleihe ist dem Unterstützungs fond für ehemalige Unteroffiziere und Mannschaften des 4. A.-R. überwiesen.“

Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Rechtsberatungsstelle. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer, Ortsgruppe Magdeburg, hat mit dem Gewerkschaftsrat vereinbart, daß eine Rechtsberatungs- und Rechtsberatungsstelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebenen dem Arbeiterrat errichtet. Große Mühlstraße 3, I, angegliedert wird. Die Rechtsberatungsstelle steht allen Personen zur Verfügung.

Wegen versuchten Giftmordes und Diebstahls hatte sich die Dienstags-Gericht Röder ans Oftersum vor dem Schwurgericht zu verantworten. Sie diente seit dem 1. August 1918 bei dem Bandwirt Häuser zu Kirchmöser und wird beschuldigt, ihm im September aus den Räucherkanälen 40 Pfund Schlagspuren gehohlt zu haben. Am 1. September trug sie mittags einen von der Tochter des Dienstherren zubereiteten Gierfleisch in das Eiscafé. Vorher soll die Angeklagte sich das von dem Schäfer zur Verfolgung von Matten aufbewahrte Strichmutter verschafft und davon einen Teil über die Gierfleisch geschnitten haben, um den Dienstherren und seine Tochter Anna Häuser zu vergiften. Der bittere Geschmack und die alzige Masse stießen aber sofort auf und die Gegenmittel verhinderten einen Schaden an der Gesundheit. Die veranschlagte chemische Untersuchung stellte Strichmutter fest. Die Angeklagte bestreitet, schuldig zu sein. Auf Grund des Ergebnisses der umfangreichen Verhandlung bejahten die Geschworenen die Schuldfrage nach versuchtem Giftmord und nach Diebstahl. Demgemäß verurteilte der Richterhof die Angeklagte zu 3 Jahren 1 Woche Zuchthaus und 3 Jahren Elterlauf, beschloß auch die sofortige Verhaftung.

X Falsche Reichsbanknoten zu 50 Mark sind in vielen Städten und auch hier im Umlauf. Sie tragen das Datum 20. 10. 1918 und unterscheiden sich von den echten dadurch, daß die Wasserzeichen im Papier fehlen und die Farbe der Buchstaben braun anstatt schwarz ist. Der Untergrund der Vorderseite besteht aus lauter kleinen Kreisen, zwischen denen sich gerade Striche befinden, während er bei den echten Noten aus einem feinen Gewebe besteht. Sehr schlecht, fast undeutlich tritt die grüne Farbe und die rote Nummer hervor, und der vierte Name der Unterschriften „Koch“ stellt die Zahl 28 mit einem Komma dar. Verschiedene falsche Scheine können während der Dienststunden der umfangreichen Verhandlung bejahten die Geschworenen die Schuldfrage nach versuchtem Giftmord und nach Diebstahl. Demgemäß verurteilte der Richterhof die Angeklagte zu 3 Jahren 1 Woche Zuchthaus und 3 Jahren Elterlauf, beschloß auch die sofortige Verhaftung.

X Falsche Reichsbanknoten zu 50 Mark sind in vielen Städten und auch hier im Umlauf. Sie tragen das Datum 20. 10. 1918 und unterscheiden sich von den echten dadurch, daß die Wasserzeichen im Papier fehlen und die Farbe der Buchstaben braun anstatt schwarz ist. Der Untergrund der Vorderseite besteht aus lauter kleinen Kreisen, zwischen denen sich gerade Striche befinden, während er bei den echten Noten aus einem feinen Gewebe besteht. Sehr schlecht, fast undeutlich tritt die grüne Farbe und die rote Nummer hervor, und der vierte Name der Unterschriften „Koch“ stellt die Zahl 28 mit einem Komma dar. Verschiedene falsche Scheine können während der Dienststunden der umfangreichen Verhandlung bejahten die Geschworenen die Schuldfrage nach versuchtem Giftmord und nach Diebstahl. Demgemäß verurteilte der Richterhof die Angeklagte zu 3 Jahren 1 Woche Zuchthaus und 3 Jahren Elterlauf, beschloß auch die sofortige Verhaftung.

X Kriegerische Repression. Am 4. d. M. nachmittags 5½ Uhr, erschienen in einer Wohnung auf dem Breiten Wege drei Männer, die sich als Kriminalbeamte ausgaben und auch eine gefälschte Legitimationskarte vom Arbeiter- und Soldatenrat mit dem Unterschrift „Bauer“ vorzeigten. Sie nahmen im angeblichen Auftrag des Herrn Vater eine Durchsuchung vor und beschlagnahmten einen Posten Fleisch, den die Wohnungsinhaberin aus Hirschburg erhalten hatte. Auch mehrere Bücher Fleisch beschlagnahmten sie, ließen diese aber gegen Zahlung von 200 Mark zurück. Der eine Täter legte sich den Namen eines hier im Dienste befindlichen Kriminalkommissars bei. Es erschien dann noch ein Mann mit roter Armbinde, der an der Durchsuchung teilnahm. Sie drohten der Frau mit Verhaftung, wenn sie nicht bis zum 5. nachmittags 15.000 Mark zahlen würde, auch mußte sie ein Scheitelschläg anstrengen, in dem sie sich zur Zahlung einer Kavitation bereit erklärte, um der Verhaftung zu entgehen. Während dieser Zeit wurde ihr von dem angeblichen Kriminalkommissar ein Revolver vorgehalten. Die Täter entfernten sich dann mit den 200 Mark, dem Fleisch und dem Scheitelschläg. Am 5. gegen 11 Uhr vormittags erschienen zwei dieser Männer, darunter der angebliche Kriminalkommissar, wieder in der Wohnung der Frau, um die 15.000 Mark in Empfang zu nehmen. Einem zufällig entwesenden Kriminalwachmeister gelang es den einen Täter, Sattler Karl Simon von hier, festzunehmen, während der andere entflohn. Der Festgenommene leistete heftigen Widerstand und bis den Beamten dennoch in einen Daumen, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müsse. Die Personalien der andern Täter sind noch nicht bekannt.

X Gestohlene wurden ferner in den letzten Tagen aus einem Lager in der Franzstraße zwei Schuhlederpäckchen, 7,65 Millimeter, und 225 Patronen; in der Nacht zum 5. d. M. aus einer Fabrik in Südbrookmerode, 10 Meter lang und 50 Millimeter breit; vor einem Grundstück in der Oberndorfer Straße ein Fahrrad „Altlicht“ mit niedrigem schwarzen Rahmen, Aluminiumfelgen, drei Überzündungen, Freilauf, zwei Felgenbremsen und nach oben gebogener Lenkstange; am 5. d. M. aus einem Dienstzimmer in der Sandwehrsiedlung eine Mittelschlüsse mit Zylinderzusatz, in deren Tasche sich eine Briefstange mit 392 Mark befunden hat, am 4. d. M. aus einem Haushalt in der Neuen Ulrichstraße ein Fahrrad „Eselsohr“ (Tourenrad); am 5. d. M. abends aus einer Schuhwirtschaft in der Franzstraße ein Fahrrad „Weltbad“; von einem Hof in der Franzstraße eine Tasche aus einem Dienstzimmer mit schwarzen Rahmen, schwarzen Felgen, Freilauf und nach unten gebogener Lenkstange, daran weiße Griffe.

X Diebstahl an einem Auto. Am 4. d. M. nachmittags gegen 6 Uhr wurde aus einer verschlossenen Garage im Fürstenwerder ein hellbrauner Benzinger 8/20 P. S., Motornummern 18053, gestohlen. Des Diebstahls verdächtigt sind zwei Soldaten der zeitigen Nr. 32, die am Tatort geschehen waren und.

X Diebstahl an Werten und einem Wagen. In der Nacht zum 5. d. M. wurden in Wulferstedt zwei braune Güter, eine mit Stern, die andre gefälscht, gehohlt. Es wird vermutet, daß die Werte nach hier geschafft sind. Am 5. nachmittags gegen 21 Uhr wurde auf dem Breiten Wege, Ecke Moltestraße, ein Militärfahrzeug, und zwar ein hellbrauner Wallag mit Bleife, 9 Jahre alt, 1,52 Meter groß, eine braune Stute mit Stern, 10 Jahre alt, 1,54 Meter groß, und ein Feldwagen 95 gestohlen. Sachdienliche Mitteilungen erütteln die Kriminalpolizei.

X Angeschossen. Der Maurer Hermann Hoffmann, wohnhaft Bahnselstraße 85, wurde am Mittwoch abend auf dem Wege von Bahnsel Rothenfelde nach seiner Wohnung gegen 10 Uhr abends von einer unbekannten Person angeschossen. Ein Schuß ging in die Dinge, ein anderer in den rechten Oberschenkel. Mittels Sanitätswagens wurde S. dem allgemeinen Krankenhaus zugeführt.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Im Wilhelm-Theater wurde an dem Abend Hans Schäfers „Müllers Bettelstudien“ gegeben. Der Künstler sang wieder den Oldendorf, der in seiner halb jovialen, halb dümmervariälichen Weise als Klischeeüber-Typ dem Publikum so außerordentlich gefällt. Er fand die reiche Anerkennung des Benefizienten im Wilhelm-Theater. Im übrigen hatte die Besetzung nichts nennenswertes Neues gebracht.

G.

Konzerte. Gerhard Dorfscheld veranstaltete ein Konzert mit neuen eigenen Werken, wie es in der Ankündigung hieß. Als Mitwirkende traten Lydia Hillipper-Löcke, Albert Friedrich und August Geisser in Aktion. Die Künstler waren die Lebendigsten, denn die Werke Dorfschelds sind keine Dauerware. Es fehlt ihnen an irgendwelcher Weisheit, die Melodramen sind musikalisch nicht durchgearbeitet, sie stehen im Widerspruch mit dem Text hin. Ein Arbeitens auf sich scheint der Komponist nicht zu kennen. Seine früheren Produkte hatten wir auch abgelehnt. Wobei der Nutzen zu eignen Abenden mit eigenen Werken und dem Boßmann schämenswerter Künstler? Valerie von der Weiden und Georg de Haas geben einen gemeinschaftlichen Vortragsabend in der Stadtmission. Es war ein jüngerer Schöner Genius. Die Aufführung ist ja längst Jahre als gute Vortragskünste bekann und bestätigte auch diesmal wieder ihren vortrefflichen Ruh mit einer sorgfältigen Auswahl von Recitationen, von denen außer biblischen und klassischen (Schiller) die inhaltsvollen Gedichte eines Münchhausen, Kattenfeld und Spitteler zu nennen wären. Georg de Haas' schöne und wohlklingende Stimme fand besonders in der Weiss-Mühl-Händels entsprechende Haltung. Seine gefühlvoll durchwirkten Brahmsgefühle schlossen sich tiefer Leistung ihrem Werk nach an. Am Abend zeigte Dr. Engelke alle guten Eigenschaften eines feinsinnigen und technisch gewandten Begleiters.

G.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute Freitag und Dienstag Apfelsine in Tufts. Sonnabend zum erstenmal „Der Schäfer“ Sonntag nach „Jugendfreunde“; abends „Der eiserne Heiland“. Montag „Kater Lampé“. **Stadttheater.** Aus den Kreisen der Theaterbesucher häufen sich in letzter Zeit die Klagen, daß die Firma Böhme, Billetverkauf, Victoriastraße, Kurscharkarten zu außergewöhnlich hohen Preisen verkauf. In verschiedenen Fällen sind sogar für Kurscharkarten im Sperrtheater 1. Rang bis zu Markt 15.00 verlangt und bezahlt worden. Die Direktion des Stadttheaters stellt auf verschiedene Anfragen mit, daß das Stadttheater mit dem Billetverkauf der Firma Böhme in keiner Weise in Verbindung steht. In allen Fällen, die ich sehe, kann man dem Betriebsfachmann die Kurscharkarten kaufen, die in jedem folgenden Kurscharkarte schließen sich tiefer Leistung ihrem Werk nach an. Am Abend zeigte Dr. Engelke alle guten Eigenschaften eines feinsinnigen und technisch gewandten Begleiters.

247

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Paula Thiede, die Vorsitzende des Verbandes der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter, ist am letzten Montag in Berlin nach langen und schweren Leiden gestorben. Durch ihren Tod hat der Verband einen schweren Verlust erlitten. Von Anbeginn der gewerkschaftlichen Hilfsarbeiterbewegung im Buchdruckgewerbe rafflos im Dienste der Kollegenschaft tätig, war die Verktorin vor mehr als zwanzig Jahren Vorsitzende der Betriebsorganisation und seit damals bis zu ihrem Tode die Leiterin des Verbandes. Mit leidener Energie und unermüdlicher Leibvoller Hingabe ihres ganzen Seins für die Sache der Arbeiterschaft hat sie die Interessen ihrer Berufskollegen jederzeit vertreten. Groß sind die Verdienste, die sich die Verktorin um die Ausbreitung der Organisation und die stetige Verbesserung der Lage der graphischen Hilfsarbeiterchaft erworben hat. Paula Thiede, die auch vielen Parteigenossen außerhalb ihres Berufs bekannt geworden ist, hat nur ein Alter von 49 Jahren erreicht.

Eingesandt.

Wie der Magistrat seine Angestellten bezahlt. Nach dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung erhalten die Beamten und ständig Angestellten eine monatliche Zulage von 100 Mark. Der nicht ständig Angestellte erhält eine Beigeldung von 180 Mark, die in den heutigen Zeiten völlig unzureichend ist. Die fortlaufende Leistungszulage ist für uns auch besonders ungünstig, kaum 40 Prozent der Sache für Unterabeamte. Sicherlich wird der Satz im „Magdeburger General-Anzeiger“, daß die gleiche Zulage vom Oberbürgermeister bis zum Unterabeamten bezahlt wird. Soll das etwa auf den Grundsatz der Gleichheit hinweisen? Dann dürfte nicht anschließend gesagt werden, daß die nichtständig Ang

Parteitag der Unabhängigen.

In der am Montag vormittag vorliegenden Diskussion über Organisationsfragen trat eine lebhafte Meinungsverschiedenheit über die Jugendbewegung hervor. Die Richtung, die sich seinerzeit von der proletarischen Jugendbewegung nach links abspaltete, segnet mit ihrem Organ "Die junge Worte" im kommunistischen Fahrtwagen. Das Blatt setzt nicht dem Verständnis der Jugend angepasst. Man sollte nicht große politische Freuden vor der Jugend erörtern und ihr unerreichbare Stelle zeigen. Ein Blatt für die Jugend müsste so redigiert werden, wie die "Arbeiterjugend" vor 10 Jahren.

In der weiteren Aussprache wird die Stellung der Unabhängigen Partei in den Novembertagen scharf kritisiert. Über die Täglichkeit der Unabhängigen in der Regierung werde Dittmann die Denkschrift herausgeben, die zeigen werde, wie reaktionär die Rechtssozialisten gearbeitet hätten! In seinem Schlusssatz sagt Dittmann, die Parteileitung sei durch die Dummheiten des Berliner so stark in Anspruch genommen, daß ihre Täglichkeit im Reiche dadurch stark gehemmt worden sei.

Über den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung sagt der Redner, daß selbst Liebnecht unter bestimmteten Voraussetzungen bereit gewesen sei, mit den Rechtssozialisten zusammen an der Regierung teilzunehmen.

In einer persönlichen Bemerkung wunderte sich Adolf Hoffmann gegen Dittmann, weil er sein Schlusssatz zu Angriffen gegen die Berliner benutzt habe. Nicht die Berliner haben Dummheiten gemacht, sondern sie hatten die Dummheiten der Centralleitung befürwortet. Dittmanns, gutzumachen. Dittmann habe gegen den Januarstreik gewirkt, er sei für gemeinsame Wahllisten mit den Rechtssozialisten eingetreten.

Dittmann bemerkte demgegenüber, er bleibe bei seiner Meinung. In Berlin seien die Beziehungen so zerschlagen wie nirgends. Das sei schon früher in der alten Parteorganisation so gewesen.

Einkommis wurde beschlossen, daß kein Mitglied der Unabhängigen der Organisation einer andern politischen Partei angehören darf. Für die Propaganda unter der Jugend soll die Parteileitung eine Kommission einsetzen, auch wurde die Herausgabe einer Jugendzeitung beschlossen.

In der Nachmittagssitzung sprach Hugo Haase über die Aufgaben der Partei. Völlige Auflösung des alten Heeres und der Freiwilligenkorps, Errichtung einer Volkswehr, Wahl der Offiziere und Unteroffiziere durch die Mannschaft, Wahl von Soldatenräten seien die nächsten Aufgaben. Das Ziel ist allgemeine Abschaffung, Ausbau des Systems der Arbeiterschaft und seine Verankerung in der Verfassung, Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Staats- und Selbstverwaltung, Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Betriebsführung und bei der Durchführung der Gemeinschaftsarbeit der Produktionsmittel.

Der allergrößte Teil der zweitürigen Ausführungen des Redners war eine scharfe Kritik der Politik der Sozialdemokraten und eine Verurteilung der Regierung nach dem Austritt der Unabhängigen. Eine Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien sei nicht möglich.

Der Gegenpartei Dänning sagt, daß er für das Rätesystem und die Diktatur des Proletariats eintritt. Von den Kommunisten trenne ihn nichts als die praxispolitische Taktik, in der sich die Kommunistische Partei zwar nicht offen bekennt, die sie aber in der Praxis befreit. Wir müssen jede Qualität nicht nur mit den Bürgerlichen, sondern auch mit den Rechtssozialisten ablehnen. (Haase: Es kommt auf die Bedingungen an.)

Am Dienstag vormittag erhält zu seinem Referat über die internationale Konferenz in Bern Karl Lautschy das Wort. In Stelle Karls Stuhrs zum Referenten bestellt, widmet er ihm einen ehrbaren Auftrag.

Über die letzteren Verhandlungen führt der Redner u. a. aus: Der Süßer und, wie er jetzt in Paris gemacht wird, ist eine Mischgeburt. Er muß unter dem Druck des Proletariats aus einem Kinde der Regierungen zu einem Kinde der Volksvertretungen umgestaltet werden.

Wir können es nicht billigen, daß nur die deutschen Arbeiter unter internationale Verhandlung gestellt werden. Alle Weltstaaten müssen international bewaffnet werden. Die internationale Konferenz hat gezeigt, daß in der Haltung der englischen Arbeiter eine förmliche Bandung zwischen den internationalen Sozialisten vor sich gegangen ist. Sie sind sich im Kriege ihrer Macht und der Bedeutung des Sozialismus bewußt geworden. Deßhalb waren wir begeisterte Befürworter in England etwaten. Das sind die Bedingungen für die Sozialisierung günstiger als in Deutschland.

Karl Lautschy spricht Clara Zetkin mit unbegrenzter Freiheit als Vertreterin der Internationalen Richtung. Sie gehörte die Politik Daniels und der R. S. P. D. als Vollheit und erzielte den sämischen Erfolg eines Teiles der Versammlung und der Exibition. Die Rechtssozialisten sind Reformsozialisten. Mit ihnen darf man nicht zusammenarbeiten. Die Regierung, auch unter Steiner, haben zunächst bestanden, das Volk und Wohnung herzustellen und das Produktivitätsmaßstab gesetzlich werden sollte. Man hätte sofort an die Einführung des Prinzipiell geheben müssen. Den Arbeitern wurde gegenüber, das Streiken zu unterdrücken. Es wäre ein Verbrechen, wenn wir den Arbeitern bestimmen würden, daß sich der Sozialismus nur unter großen Schwierigkeiten durchsetzen könne. Das Prinzipiell hat Größe der sozialistischen Politik nicht die Bedeutung für ein sozialistisches Deutschland und Russland ein. Sie macht den Unabhängigen den Vorwurf, daß sie auch in dieser Hinsicht keine entschiedene Politik gemacht hätten. Die Unabhängige Partei ist ein Abfallprodukt aus dem Herkunftsprozeß der alten Sozialdemokratie. Sie trägt den Stempel des Verfalls an der Stirn. Wir müssen in diesen Tropfen die fühlende Rolle übernehmen, um die Welt revolutionär zu verändern. (Schlussrede im Saale und auf den Galerien.)

Gretschke (Berlin) bemerkte, in die Programmforderungen einzutragen: Auskunftung der Kriegsanleihe bis zu einer gewissen Höhe, etwa 20 000 Mark. (Schlussrede wurde wegen der vorgebrachten

Höhe.) — Wir müssen uns freimachen von der Illusion, daß wir durch den Konsens zur Gleichheit kommen können.

Dittmann (Frankfurt a. M.): Die Resolution Haase ist ein Kompromiß zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Auffassung. Der zweite revolutionäre Willensschlag muß uns die politische Macht in die Hand geben. Durch das fortgesetzte Schreiben nach der Einigung.

Deußer Partei ist eine große Verwirrung bei den Massen entstanden. Der Parteitag muß zum Ausdruck bringen, daß von einer Einigung der Parteien keine Rede sein kann.

Gott (Gera): Der Ruf nach Einigkeit geht bei uns nicht aus von Bürgern, sondern er kommt aus den Massen in den Städten, wo die Proletarier im Brüderkampf stehen. Die Erkenntnis, daß dieser Kampf für uns alle verderblich ist, hat das Verlangen nach Einigkeit gebracht. Wir müssen die Hand zur Einigung bieten. (Widerspruch.) Der Boden ist da für die Einigung. (Nein!) Sie muß aber auf revolutionärer Grundlage erfolgen. Die nächste Phase der Revolution ist der Kampf für die Einigkeit des Proletariats. (Widerspruch.)

Garth (Berlin): Der Gedanke des Rätesystems hat sich erfreulicherweise immer weiter verbreitet. Der Hunger und das Elend, was wir in den nächsten Monaten zu erwarten haben, wird das Proletariat zusammenschweißen. Das Recht auf Arbeit müssen wir haben.

Haase: Das ist ja in Weimar von einem Mehrheitssozialisten verhindert. Natürlich können wir, wenn wir die Macht in der Hand haben, den Massen nicht mehr geben als wir haben, und was wir haben, das ist sehr wenig, heimlich gar nichts. Der Redner sprach über seine Regierungszeit und sagte, Ebert und Scheidemann seien nicht die schlimmsten. Sie handelten nur unter dem Einfluß Landsberg's. Dieser Mephisto, der das Proletariat holt, sei die schwarze Seele des Kabinetts. Auch Noske sei nur ein Hanswurst in der Hand Landsberg's. Der Redner wandte sich mit großer Schärfe gegen Haase, weil dieser es fertiggebracht habe, sich in Bern mit Bels an einen Tisch zu setzen. (Beifall.)

Kunert (Berlin): Erklärte es als widerbringig, wenn eine Minderheit des Volkes die Mehrheit beherrschen wollte. Er hält das Rätesystem nur für den Fall durchführbar, daß sich eine starke Mehrheit der Arbeiterschaft und damit die Mehrheit des ganzen Volkes dafür erkläre.

Ernst (Hagen): Bedauert, daß die Unabhängige Partei den Spartakisten zu viel Koncessione machen. Es müsse ein schärfer Strich nach rechts gezogen, aber auch gesagt werden, was die Unabhängigen von den Kommunisten trennen. (Stunde: Gar nicht!) Wenn es so ist, dann müßten wir uns möglichst schnell mit den Kommunisten verschmelzen. Aber es ist nicht so. Gegen Clara Zetkin lagt der Redner, sie spreche nur aus der Theorie und keine die Praxis nicht. Sie sollte sich einmal vier Wochen im Industriegerieb aufhalten, dann würde sie sehen, daß die Beziehungen anders sind, als wie sie sie darstellt. (Burenje.) Ach, wenn man nicht immer radikal spricht, dann wird man als Bremer und Augsburger hingestellt. Garth hat hier eine Schimpfanade losgelassen, die nicht einmal in eine Volksversammlung gehört.

Die weiteren Verhandlungen wurden auf Mittwoch verlegt.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wanzleben.

Wahlresultate.

Dobendorf: Gewählt sind 4 Sozialdemokraten, 3 Unabhängige, 2 Bürgerliche.

Sternberg: Das neue Gemeindeparkament setzt sich zusammen aus 3 Sozialdemokraten und 6 Bürgerlichen.

Wolmirstedt: Hier wurden 730 sozialdemokratische und 279 bürgerliche Stimmen abgegeben. Es erhalten die Sozialdemokraten 7, die Bürgerlichen 2 Sitze.

Eggenstedt, 6. März. Bei der Gemeindevertreterwahl erhalten die Sozialdemokraten 7, die Bürgerlichen 2 Sitze.

Langenweddingen, 6. März. (Eier.) Für 1919 sind pro Stunde 25 Eier abzuliefern. Auf jedes fünfzig Eier besteht Ablieferungsfreiheit. Die Gesamtmehlstelle bei Albert Schwerde, Kreis, bleibt bestehen. Ebenso bleibt es bei der Bezahlung von pro Ei 25 Pfennig. Hühnerhalter, die den am 2. September 1918 angegebenen Hühnerbestand wissen wollen, können dieses im Amtsgericht erfragen.

Lemgow, 5. Februar. (Die Wahlbeteiligung) ist auch in unserem Kreis zurückgegangen. Zugleich können wir mit dem Resultat zufrieden sein. Wertvollster Wert ist, daß in einem Bezirk die bürgerlichen Stimmen wieder gesunken sind. Hier liegen wohl besondere Interessen vor, wie das gerade bei Stadtvertreterwahlen meistens zu verzeichnen ist. Abgegeben wurden für Weimar 1066, Bremke 355, Böer 156, Meyer 18, v. Handorf 12, Beder 27 Stimmen. Ein Stimmzettel wurde abgegeben mit dem Bemerk: Spartakus-Hesse. Herr Hesse war in dem Wahllokal Wahlvorsteher und der Wähler hat sicher seinen Wahlvorsteher angewählt. Über hat der Wähler etwas andres damit gemeint? Der Wähler selbst weiß es ja am besten wissen.

Wahlkreis Wolmirstedt-Nehaldensleben.

Weitere Wahlergebnisse:

Rehberg: Sozialdemokraten 4 Mandate, Bürgerliche 5 Mandate. **Badelenbe:** Sozialdemokraten 222 Stimmen, 5 Mandate; Bürgerliche 165 Stimmen, 4 Mandate.

Barnbeck: Sozialdemokraten 571 Stimmen, 7 Mandate; Bürgerliche 219 Stimmen, 2 Mandate.

Sommerdörf: Sozialdemokraten 325 Stimmen, 6 Mandate; Bürgerliche 151 Stimmen, 3 Mandate.

Nek: Sozialdemokraten 89 Stimmen, 6 Mandate; Bürgerliche 42 Stimmen, 3 Mandate.

Gerdorf: Sozialdemokraten 5 Mandate, Bürgerliche 4 Mandate.

Röge Gott gut zu Dir sein, Peter Strop! Ein Jude soll mein Freund sein, wo immer ich ihn auch treffen, von diesem Tag an um Deinen Willen!

Geld war eine Macht, die jener Gouverneur Tschitsch, der erste kaiserliche Beamte der Provinz Sachsen, ungewöhnlich hoch schätzte. Das Papier war ein Papier, ungeschickt war Gouverneur Tschitsch, der einen gewissen Stepan Wissotski gestatte, mit ihrem Namen Stepan Simeon innerhalb der Provinz Sachsen zu reisen, und hatte Peter Strop kuriosen Stab gefestigt. Einmal jedoch in seinem Leben hatte es Peter Strop nicht gejährt, schön blühende weggeworfen zu müssen, nicht einmal an Tschitsch.

11.
Rau und Rau und Kinder als Wandler auf dem endlosen Weg...

Die Menschen sind wunderlich zur Sommerzeit; aber waren sie auch darr und öde gewejen wie eine Wüste, so hätten sie diesen glücklichen Menschen dennoch ein Paradies gefeierten, dessen wunderbare Künste sonst uns selbst schaffen und mit uns überschließen in unsern Herzen.

Gouverneur Tschitsch Tschitsch bestreute ihnen keine Sonnen — noch nicht. Zug um Zug zogen sie langsam die Hügel hinzu, ein wundersamer Württemberg neinen Glücks. Sie hatten, was sie begegneten uns mehr, als sie seit langer Zeit gehabt hatten, zu berjen. Der Sturm war über sie hinweggefegt und nun lebhaftes Sonnenchein.

Peter magte ihr Weg innander endlos sein, doch war er ein Weg des Glücks. Auf dem Hügel pflegte Stepan neben den Räubern seiner Freude zu verhängen und im Wundern mit ihnen zu lachen und zu lären. Um Sonntags eine Freude zu machen, hatte er

Gießen: Sozialdemokraten 171 Stimmen, 3 Mandate; Bürgerliche 415 Stimmen, 9 Mandate.

Einden: Sozialdemokraten 104 Stimmen, 5 Mandate; Bürgerliche 95 Stimmen, 4 Mandate.

Giebenhain: Sozialdemokraten 279 Stimmen, 6 Mandate; Bürgerliche 166 Stimmen, 3 Mandate.

Abgegeben sind bis jetzt von 61 Orten für die Sozialdemokratie 20 888 Stimmen, 377 Mandate; für die Bürgerlichen 11 329 Stimmen, 219 Mandate; für die Unabhängigen 11 068 Stimmen, 8 Mandate.

Al-Mummelseben, 6. März. (In einer Mitgliedsversammlung) des Sozialdemokratischen Vereins wurde auch die Wohnungsfrage besprochen. Die Arbeitervohnungen sind zum Teil sehr schlecht, außerdem sind noch viele Familien ohne Wohnung. Hierin wird die neue Gemeindevertretung zuerst Abhilfe schaffen müssen. — Es wurden in der Versammlung 13 neue Mitglieder aufgenommen. Unser Verein zählt nunmehr 55 Mitglieder.

Schackensleben, 6. März. (Wahlergebnis.) Für die sozialdemokratische Liste wurden 271 Stimmen, für die vereinigte bürgerliche Liste 141 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden 6 Sozialdemokraten, 3 Bürgerliche. Arbeiter-Schackensleben! Die alte Wirtschaft in der Gemeinde ist nun zu Ende! Die Lebensmittelverteilung sowie die Versorgung liegt sehr daneben. Wenn man die hohe Zahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen mit der Zahl der Deutschen "Volkstimme" vergleicht, so ist das Resultat nicht befriedigend. Es gibt immer noch eine Anzahl Arbeiter, die bürgerliche Blätter lesen. Auch die Zahl der Parteimitglieder ist noch nicht zufriedenstellend.

Wahlkreis Jerichow I und 2.

Wohntarif für Landarbeiter.

Eines der ersten Regierungsakte der sozialistischen Volksbeauftragten war es, die Ausnahmegesetze, die sich gegen die Landarbeiterchaft richteten, aufzuheben und damit die rechtliche und staatsbürgersche Gleichberechtigung der Landarbeiterchaft herzustellen. Namentlich aus dem Gebiete der wirtschaftlichen Interessenvertretung waren der Landarbeiterchaft unter dem alten System beeinträchtigende Fesseln angelegt. Diese sind nunmehr gelöst. Schon während der Wahlbewegung zur Nationalversammlung waren aus den Reihen der Landarbeiter zahlreiche Stimmen laut geworden, die auch für die Landarbeiterchaft eine gewerkschaftliche Organisation forderten. Diese Stimmen ließ das Gewerkschaftsamt in Burg nicht ungehört verhallen und war ihnen behilflich sich zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen in einer gewerkschaftlichen Organisation dem Deutschen Landarbeiterverband (Sitz Berlin) zu organisieren. Heute nach kaum einem Monat sind allein im Kreis Jerichow I schon weit über 1000 Landarbeiter in der Kreisortsgruppe Burg des Landarbeiterverbandes zusammengekommen. Doch dies ist nur der Anfang. Denn es ist nur erst ein Teil der Orte unseres weit ausgedehnten Kreises, in welchem eine Werbeversammlung und die Gründung einer Untertagsgruppe erfolgen konnte. Nach Lage der Verhältnisse dürfte es nur eine Frage von wenigen Wochen sein, daß auch das zweite Tausend Mitglieder in der Kreisortsgruppe zusammengekommen sein wird. Und der Landarbeiter hat recht daran, denn die Organisation ist die Macht die seine wirtschaftlichen Verhältnisse bessern kann. Und sie sind doch so sehr verbessergesetzlich. — Für den Kreis Jerichow I ist nunmehr zwischen den ländlichen Arbeitern und Arbeitnehmern ein Wohntarif, eine sog. Kreisarbeitsgemeinschaft abgeschlossen worden. Der vollständige Wohntarif wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Für heute sei nur das wesentlichste daraus hervorgehoben. Danach soll nebst freier Wohnung, Kartoffel- und Gartenland und sonst üblichem Deparat der Verlohn für volljährige Arbeiter pro Tag 5,50 Mark betragen. Für diejenigen, die das Spannbetrieb selbst flittern, wird für Sonn- und Feiertag eine Zulage von 2,00 Mark gewährt. Frauen erhalten nebst Kartoffeland einen Taglohn von 3,50 Mark. — Kleinstehende Frauen erhalten außerdem einen Wohnungsgeldzuschuß von 60,00 Mark. — Bereits bestehende, bessere Verhältnisse dürfen nicht schlechter gestaltet werden. Der Wohntarif hat rückwirkende Kraft bis 1. Februar, also war seit 1. Februar geringere als die vorliegend aufgeführten Wohntarife gezahlt und nun muß die Differenz nachgezahlt werden. Die Arbeitszeit ist bereits durch die Landarbeitsordnung geistlich geregelt und beträgt für je 4 Monate 8 Stunden 10 Minuten und 11 Stunden. Über diese Zeit geleistete Arbeit wird als Überstunden zu erhöhtem Stundenlohn bezahlt. Für Sonntagsarbeit doppelter Stundenlohn. Zu jeder gemäßigten Auskunft ist das Arbeiterssekretariat in Burg, Oderstraße 43, gern bereit. Dort werden auch weitere Beiträge-Erläuterungen zum Landarbeiterverband entgegenommen.

Altensplathow, 6. März. (Die Kommunalwahlen.) Von 1140 abgegebenen Stimmen entfielen auf die sozialdemokratische Liste 692, auf die Liste der Demokraten 448 Stimmen. Es erhält die Sozialdemokratie 9, das Bürgeramt 6 Sitze.

Groß-Busterwitz, 6. März. (Das Resultat) unserer Gemeindevertretungswahl war folgendes: Sozialdemokratie 431 Stimmen, 10 Vertreter; Bürgerliche 347 Stimmen, 8 Vertreter. Die Wahlbeteiligung betrug 58 Prozent.

Hohenziatz, 6. März. (In unserer Gemeinde) sind 7 Sozialdemokraten und 2 Bürgerliche gewählt.

Bare, 6. März. (Mechtauskuft) wird am 9. März von 10 bis 1 Uhr im "Weißen Schwan" durch Arbeiterssekretär E. Zwang erteilt. Auskunftsstag wird von nun an jeder erste Sonntag im Monat sein.

Wahlkreis Kalbe-Wischersleben.

Aken, 6. März. (Wahlergebnis.) Von 5526 Wählern haben 38 Prozent ihr Wahlrecht nicht ausgeübt. Wir erhielten 1749 Stimmen, die Demokraten 932 Stimmen, der deutschnationalen Wahlvorschlag 321 Stimmen, der unabhängige Wahlvorschlag 236 Stimmen, Wahlvorschlag Mons 151 Stimmen, Wahlvorschlag Taenzler 97 Stim-

men. das hochragende hölzerne Kämit über dem Hals des Handpferdes mit Glöckchen behangt; nicht mit gewöhnlichen Glöckchen, die melodiisch erschallen, als jungen sie ein fröhliches Lied des Glückes über Männer und Männer hin.

Stadt für Stück erzählte Rautia ihrem Mann, was sie alles hatte anstreben müssen nach seinem Verlassen von Tschitsch. Wie die Männer, die ihnen Geld schuldeten, seine Abwesenheit bemerkten, um sich mit ihr herumzutun und wie fast alle bestritten, daß sie überhaupt etwas schwärmen seien oder doch nur einen Teil der Schule angesehen wollten. Endlich, als es Simon Rautia besser ging, war es langsam vorwärts gegangen, aber immer noch so eckig und langsam, daß sie besuchs vergeblich. Endlich verlor sie den Mut und war froh genug, als sich Simon bereit erkärt, ihr das ganze Geschäft, Einrichtung, ausstehende Beträge und alles, für zweitausend Rubel in bar anzun

Die Sozialisierung ist da!

Das Kohlensyndikat wird sofort sozialisiert,

dadurch gewinnt das Reich, das heißt das ganze deutsche Volk noch vor der Sozialisierung der Gruben selbst maßgebenden Einfluß auf die gesamte Kohlen- und Schwerindustrie.

Die Sozialisierung des Kalibergbaues ist in schleunigster Vorbereitung!

2145

Das allgemeine Sozialisierungsgesetz, das der Nationalversammlung vorgelegt ist, begründet an Stelle der früheren schrankenlosen Privatwirtschaft die deutsche Gemeinwirtschaft. Das Reich, das heißt wir alle, regeln diese deutsche Gemeinwirtschaft. Das Reich wird dafür sorgen, daß überall nach den Forderungen des Gemeininteresses, nirgends im kapitalistischen Privatinteresse gewirtschaftet wird, und das ist Sozialismus!

Das Reichsministerium.

Freiwillige vor! Les Prisonniers de Guerre Français

Meldet euch zur Garde-Kavallerie-Schützendivision!

Die Division ist bestrebt alle Waffen, auch der Sozialisten, in der Reihen zu der Kuppe zu richten, bei der es gelingt hat.

Möglichkeit, 5 Meter tiefliegende Gräber, gute militärische Ausbildung, Familienunterstützung, alle 3 Monate 14 Tage Urlaub.

Eingeschafft werden:

Soldaten aller Rassen und aller Dienstgrade, Gefangene, Frauen und Kinder sind zugelassen.

Hauptbeamte, sowohl männlich und weiblich, im Alter von 18 bis 35 Jahren, nicht unter 1,65 Meter groß. Abgelehnt werden: Soldaten aus der Schweiz, aus Polen, aus Russland, aus Südtirol, aus Südtirolerstämmigen ausserordentlichen Gewissenswirken der Eltern, aus dem Kaiserreich beginnend.

Wohnung beim Kommando in Magdeburg, Kaiserstraße 77.

Bei der Division befindet sich Zunft und Ortskasse. Hauptbeamte mit strahlungsschützenden Kleidern erhalten Abzeichen.

220

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Betriebsleitung Magdeburg.

Geschäftsstunden: Montag bis Freitag von 10 Uhr bis mittags 12 Uhr ausgenutzt, Sonntags von 10 Uhr bis mittags 12 Uhr ausgenutzt. Sonntags geschlossen.

Berksammlungen finden statt:

Am Sonntag den 9. März, vormittags 11 Uhr, im Saal des Kreisfests, Bismarckplatz.

Branche der Goldschmiede.

Am Sonnabend den 15. März, abends 7 Uhr, im Saal des Meyer.

Bezirk Wolfsburg.

Zugewandlung: 1. Sonntag, 2. Verbandsversammlungen.

Bezirk Alte Neustadt

im Saal der Götz.

Zugewandlung: 1. Sonntag über Gesellschaftszug, 2. Verbandsversammlungen.

Bezirk Lemnitz

versammelt am Sonnabend den 8. März, vor abends 8 Uhr, ein Vergnügungs- und Feierabend nach dem Spaziergang zur zentralen Versammlung. Die Verwaltung.

Abteilung der Kriegsverwaltung, chemische

Kriegsverwaltung und Kriegswirtschaftlichen

Ortsgruppe Magdeburg

Am Sonntag den 7. März, abends 7 Uhr, in der Kriegsverwaltung, Kaiserstraße 42.

Wasser-Verwaltung

für Kriegswirtschaft und Kriegswirtschaftliche. 1. Sonntag des Monats. Der Platz der über Zweck der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12. März. Tagung.

Der Platz der Wasser- und Siedlungsversorgung am 12

GEBR. BARASCH

Bedarf Artikel

Schuhcreme, weiß	1 Btl. Dose	5.75
Schlafanzug	2 Btl. Dose	1.90
Schuhcreme Stabil	Dose	1.45
Waschpulver, rote Packung	Paket	50,-
Waschpulver Weiß	Paket	56,-
Zartelkäse, Bleichgetränk	Paket	75,-
Braun-Waschmittel	2 Pakete	60,-
Streifenstärke	Paket	1.45
Gummikautschuk	5 Pakete	40,-
Schleimzucker	5 Pakete	90,-
Toilettenpapier	Rolle	45,-
Gitterbrotzucker	Rolle 100 Blatt	1.35
Reichweiter Eisel	Flasche	95,-
Maispindl	Flasche	1.45
Wäselpolitur	Flasche	1.00
Geisterschwämme	Stück 48	25,-

Dr. Heffers schwarzer Tee	Paket	40,-
Schwarze Pfefferlinge	1/4 Pfund	2.50
Kürbis als Senfurs	Pfund	75,-
Zwiebeln	Pfund	30,-
Senfseit, eisengelagert Stark	Flasche	6.50

Ellsstein - Schnittmuster
und Handarbeitsmuster
— Neuer Frühjahrskatalog —
Spezialabteilung im Parterre!

Für Konfirmanden

Für Mädchen

Glacé-Handschuhe, farbig und schwarz, Größe 5½ und 6	Paar	2.95	
Stoffhandschuhe, weiß gerautiert, 2 Druckknöpfe	Paar	0.95	
Stoffhandschuhe, schwarz, reine Seide, gerautiert	Paar	2.75	
Stoffhandschuhe, weiß, mit schwarzen Knöpfen	Paar	2.95	
Weite Tänzelschürzen, mit Stickerei und Gürtel	9.25	8.00	5.50
Weite Taschentücher, mit Träger, aus Batist	14.50	11.75	6.50
Taschentücher, mit Träger aus bunten Borten mit Einsatz	7.75	7.35	
Konfirmanden-Kordelstropfen, aus Glasflossen	17.50	14.50	11.50
Konfirmanden-Kordelstropfen, aus Glasflossen	2.75	2.25	2.00
Kordelstropfen, mit bestickten Gürteln	1.45		

Für Knaben

Glacé-Handschuhe, schwarz und weiß	Paar	1.45	1.25	
Stichfragen, garantiert 4-fach	Stück	2.25	2.00	1.95
Stichamulettgruppen, garantiert 4-fach	Stück	3.60	2.45	1.85
Kordelstropfen, weiß und gerautiert	Stück	4.95	4.25	2.80
Kordelstropfen, Schneiderspitze, schwarz und farbig	Stück	2.95	1.25	0.95
Kordelstropfen	Paar	2.85		
Hosenträger in verschiedenen Ausführungen	Paar	1.45	1.25	1.10
Konfirmanden-Hemd, eingemusterte Stoffe (Reichsmore)	90 cm 16.55	80 cm 14.55		
Konfirmanden-Hemd, aus weitem Stoff (Reichsmore)	90 cm 15.95	80 cm 14.00		

— Diese Stoffe sind ohne Bezugsschein erhältlich. —

Konfirmations-Karten

Buchstaben Stück 12,-

Buchstaben Stück 75—40 35 30 18,-

Konfirmations-Bilder

in großer Auswahl

Stück von 65,- an

Geschenke

Besuchshandsäckchen	3.50
Wohnerne Damensäcke, stoffgefüttert	5.00
Sport-Vortrompete, Leder	2.25
Perlatasche mit Bügel	10.00
Schreibmappe, verstellbar	9.75
Nähkästchen, Stoff, mit Einrichtung	4.25
Krawatten- oder Handschuhkästchen	3.45
Vierteltasche, Kunsleder	3.75
Papiertasche, Leder	9.50
Brochen, Silber	13.65
Brochen, Silber-Smalie	7.25
„Kloßschmuck“, Neuheit	24.00
Kolliers, echt Silber, mit Anhänger	6.70
Kolliers, vergoldet, mit Anhänger	18.95
Perlschlüsseletten, extra lang	8.50
Anhänger für Goldketten, Silber	2.55
Modakette, echt Silber	2.20
Armbänder, echt Silber	9.00
Laichmühle	18.00
Nagelpflege-Garnitur, 7-teilig	15.00
Schuhziegel, geschliffen	3.25
Wärmeingarnitur, weiß	15.75
Taschenspiegel mit Ramm, Bürste	1.75
Parfümflasche	2.75
Parfüm-Gerüstüber „Kölischwasser“ „Bosol“	5.75
	3.90

Umpreßhüte

Uniformen und Umsätze von Damen Hüten

nach 30 Modellen

Annahme in der Fußabteilung!

Gemüsesatzgut

In besserer Qualität

Säckchen auf Rechnung Säckchen auf Rechnung

Daimler & Otto, Langenweddingen

Beratungsstelle für Magdeburg

Brüderweg 211 bei Erich Wolff, Binnenhandlung

Ergebnis ganz speziell mit Gemüsesäcken aus 1. Geburt 1919 unter den Kreisbeamten Wettbewerb.

Juprad-Süße

liefer. Spezial u. preiswert

Lina Badelt
Oberleichter Straße 26.

Die Leidheit. Knäpplaten. Seit für den Kunden. Damit freigegeben, kostet 20 St. 2.50, 100 St. 15.00 St. ft. Ringe. Bei größeren erüben eingekleidete Kästen & Wunder, Seckig, Krabätz, 66. Mit H. 2107

Geben, Kleid. 1. Geben, Kleid verkauf 2025

für Mädche und Übergardeinen. Eine, Krammer. Berg 4. 3. Et.

Leibkost verkauf 2025

1 Treppre rechts.

Handmacher. Leinen

für Mädche und Übergardeinen

Leibkost verkauf 2025

1 Treppre rechts.

2708

Sabrad - Schläuche und Mantel

2724 fassit

Grimmt, Prälaturt. 13. II

2729 Dame ein Fahrrad gut erhalten, in Bereifung zu kaufen

2000, Franziskanerstraße 3 b

2730 Fahrrad bereitung zu kaufen gefasst.

2708 W. Käpp, Halberstädter Str. 61, III.

Nähmaschine

zu verkaufen. Frieda Coard,

Franziskanerstraße 8, 2 Et.

2709

Schreibmotor - Abdruck

Zeugnisse, Abreisen usw.

1938 Serviettengeschenken

Prodracht, Lutherstr. 3

2710 Schreibmaschine

Überzeugung, Smith Premier oder

Memorator zu kaufen geplant.

Hilfsmittel mit Preisangabe mit

2722 an die C. d. Blatt.

Sie spielen Klavier

oder Harmonium ohne jede Vorkenntnis nach der preisgekrönten, sofort les. und spielbaren Klavier-Musik-RAPID. Es gibt keine Noten, Bissern od. Lastenmusik, die so viele Vorzüge hat wie RAPID. Seit 14 Jahren weltbekannt als billige und erfolgreiche aller Methoden. Anleitung mit verschied. Stilen und Mustertabellen. Preis 5.00,- Auflistung umfasst. Verlag Rapid, Berlin 50.

Rechtsbüro Referendar a. D.

Lebogott, Gr. Münzstraße 5, Auskunft und alle schriftlichen Arbeiten in Recht- und Steuerfachen.

Sprechzeit 10—1 (auch Sonntags) u. 8—8 Uhr. 214

Eine Frau sagt es der andern:
Schuhcreme „Magol“

ist das beste Schuhcremmittel. überall erhältlich.

Holzpantoffel

mit Leder und Leders. Ersatzblatt. Schuhbanden und Pantinenhölzer sowie Draht, Krampen und Blankköpfe zum billigsten Preise für Niederverkäufer und Verbraucher

hat abzugeben

G. Arnold, Holzer- und Holzpantinenfabrik

Sudenburg, Halberstädter Strasse 110 b.

716

Weltberühmt!

„Keine grauen Haare mehr“

das beste Haarfärbemittel, Karton 7.00 Mk.

genannt „20 Jahre jünger“

R. Gembalowski Brefeweg Nr. 207

neben der Hauptpost.

Die große Mode

Springlocken

Kleider und Schickes der Haarsmode. Eine elegante Kopf